

UMSICHT: KAPAZITÄTEN STÄRKEN UND SELBSTBESTIMMUNG FÖRDERN

INDIGENE VÖLKER BEI FSC



Der indigenen Bevölkerung kommt eine entscheidende Rolle beim Schutz der Wälder weltweit zu. FSC macht vor, wie Organisationen Strukturen zur Förderung und Repräsentation indigener Gemeinschaften aufbauen können.

Ein FSC-Zertifikat garantiert langfristig die Wahrung von Menschenrechten, den Schutz des Ökosystems und die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Insbesondere in indigenen Gebieten erzielt die Zertifizierung einen großen Mehrwert. Denn Angehörige indigener Völker sehen sich heute mit massiven Herausforderungen konfrontiert.

Weltweit lassen sich über 475 Millionen indigene Menschen aus 90 verschiedenen Ländern einem von über 5.000 verschiedenen indigenen Völkern zuordnen. Trotz der enormen Vielfalt und der unterschiedlichen Lebensrealitäten erleben Indigene nahezu überall Gewalt, Entrechtung und Missbrauch. In vielen Ländern werden sie systematisch diskriminiert, indem ihre Rechte auf Landbesitz, Meinungs- und Organisationsfreiheit verletzt werden.

FSC schützt indigene Rechte

Aus diesem Grund hat FSC eigene Organe zur Verteidigung und Organisation indigener Interessen eingerichtet. 2011 wurde der Ständige Ausschuss für Indigene Völker (engl. Permanent Indigenous Peoples Committee (PIPC)) eingerichtet. Er berät den Vorstand bei der Entscheidungsfindung. 2018 folgte die FSC-Stiftung für Indigene (engl. Indigenous Foundation (IF)), die als Geschäftsstelle des PIPC fungiert. Die Stiftung steht im engen Kontakt mit Angehörigen verschiedener indigener Gruppen, um die Beteiligung am FSC-System zu erhöhen.

Mit der Allianz der indigenen Bevölkerung für Recht und Entwicklung (engl. Indigenous Peoples Alliance for Rights and Development (IPARD)) fördert und vernetzt der IF seit 2021 indigene Gemeinschaften. Das Fünf-Jahres-Programm wird von FSC, der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (engl. United States Agency for International Development (USAID)) und einigen Unternehmen aus dem Privatsektor finanziert.

IPARD stärkt indigene Gemeinschaften

„Wir arbeiten daran, indigene Völker weltweit in die Lage zu versetzen, ihre Gemeinschaften auf der Grundlage ihrer Prioritäten, ihres traditionellen Wissens, der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und der Achtung ihrer Rechte zu verwalten und entwickeln zu können“, sagt Carlos Blandon, Projektleiter bei IPARD. Das übergeordnete Ziel der Organisation ist es, die Selbstbestimmung der indigenen Gemeinschaften zu wahren und zu stärken.

Mithilfe von Lobbyarbeit auf nationaler und multilateraler Ebene schafft IPARD die Bedingungen für die politische Beteiligung der indigenen Gemeinschaften. Sie sollen dadurch in der Lage sein, ihre Vision von wirtschaftlicher Entwicklung umzusetzen. Denn indigene Bevölkerungen haben das Potenzial, zum weltweit größten Produzenten von nachhaltigen Gütern und Dienstleistungen zu werden: Sie verwalten ungefähr ein Viertel der weltweiten Landflächen, auf denen etwa 80 Prozent der verbliebenen Artenvielfalt der Welt zu finden ist. Sie verfügen außerdem über umfangreiches und detailliertes Wissen über nachhaltige Ressourcennutzung, das sich aus der oft jahrhundertealten, engen Verbindung zu ihrem Land ergibt.





Mehr Selbstbestimmung für indigene Gemeinschaften

IPARD setzt insbesondere auf die Kooperation mit Regierungen und dem Privatsektor, um mehr Selbstbestimmung für die indigene Bevölkerung zu erreichen. „Es geht in unserer täglichen Arbeit häufig darum, die Schnittstelle des gegenseitigen Nutzens zwischen den verschiedenen Akteuren zu finden“, erklärt Blandon. „Wir sind deshalb im permanenten Austausch mit den verschiedenen Stakeholdern, um ihre Ansätze und Interessen zu verstehen und die Projektfortschritte aus ihrer Perspektive einzuordnen.“

„Die einzige Strategie zum Erfolg ist, das Land und die Stakeholder vor Ort in- und auswendig zu kennen.“

Die entscheidende Rolle spielt dabei der regionale Kontext. Jede Gesellschaft definiert Selbstbestimmung, Entwicklung und eine lebenswerte Zukunft anders. „Die einzige Strategie zum Erfolg ist, das Land und die Stakeholder vor Ort in- und auswendig zu kennen“, betont Blandon. „Wir sind durch unsere Arbeit in Guatemala darauf aufmerksam geworden, wie wichtig die Analyse des Länderkontextes ist.“ Während des guatemaltekischen Bürgerkrieges zwischen 1960 und 1996 wurden Massaker und Massengewalttaten an der indigenen Bevölkerung verübt. IPARD fokussiert in Guatemala heute die Stärkung von Zusammenschlüssen indigener Frauen, die noch immer für die Aufarbeitung der Gewalt kämpfen.

„Aus der Erfahrung mit Panama haben wir wiederum gesehen, dass der Knackpunkt die Investition in formale Dialogplattformen nach klaren und transparenten Regeln ist“, sagt Blandon. „Die Orientierung an der rechtlichen Grundlage für indigene Interessen und Ansprüche hilft enorm dabei, die Beteiligung zu stärken.“ Die Regierung vor Ort hat sich kooperativ gezeigt, in den Austausch mit der indigenen Bevölkerung zu gehen. Dadurch ist das Vertrauen auf beiden Seiten in die Zusammenarbeit gewachsen. Die Probleme vor Ort, hauptsächlich Fragen der Landrechte und Lebensmittelsicherheit, konnte IPARD deshalb direkt angehen.

Finanzierung und wirtschaftliche Perspektiven

Zur Verwirklichung der Projektziele stehen IPARD Gelder aus verschiedenen Sektoren zur Verfügung, darunter auch von der Weltbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus Deutschland. Der Fokus bei der Weitergabe der Gelder liegt darauf, sicherzustellen, dass die Gemeinschaften in der Lage sind, die Beträge direkt abrufen zu können. Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit scheitern auch deshalb oft, weil die Vergabe von finanziellen Mitteln zwar öffentlichkeitswirksam angekündigt werden. Häufig stellen die Geldgeber aber nicht sicher, dass die Kapazitäten vor Ort ausreichen, um die Projekte umzusetzen.

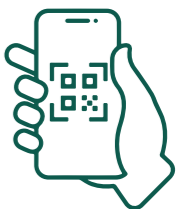


„Wir brauchen unbedingt Institutionen wie uns, die sich um die Verwirklichung und Stärkung der Rechte indigener Bevölkerungen kümmern.“

Ein Ziel für viele indigene Gemeinschaften ist die Verbindung zum Zertifikathandel für Kohlenstoff und andere Ökosystemleistungen. Die Integration in diese überregionalen Systeme ist allerdings mit Herausforderungen verbunden. Viele Staaten räumen indigenen Bevölkerungen nicht die zur Geschäftsfähigkeit notwendigen Rechte ein. Beispielsweise werden viele Jäger- und Sammler-Gemeinschaften in Kenia nicht als "indigen" anerkannt. Daraus ergeben sich negative Konsequenzen etwa für die Landnutzungsrechte der Gemeinschaften.

Aktuell befindet sich IPARD im vierten von insgesamt fünf Geschäftsjahren. Bald steht eine Prüfung auf Verlängerung der Projektlaufzeit bevor. „Natürlich hoffen wir, ein IPARD 2.0 umsetzen zu können“, sagt Blandon. „Wir brauchen unbedingt Institutionen wie uns, die sich um die Verwirklichung und Stärkung der Rechte indigener Bevölkerungen kümmern.“

Text: Julia Springmann



IPARD ist ein globales Bündnis zur Durchsetzung indigener Rechte und zur Förderung der Selbstbestimmung indigener Gemeinschaften. Über den QR-Code gelangen Sie zu einem Video über die Vision und die Arbeit von IPARD.